

ANTWORT

zu der

Anfrage der Abgeordneten Birgit Huonker (DIE LINKE.)

betr.: Gerichtliche Sachverständigen-Gutachten unter besonderer Berücksichtigung familienrechtspsychologischer Begutachtung

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„Eine kürzlich veröffentlichte Studie von Univ.-Prof. Dr. Christel Salewski und Univ.-Prof. Dr. Stefan Stürmer der Fernuni-Hagen über Qualitätsmerkmale in der familienrechtspsychologischen Begutachtung offenbart gravierende Mängel in einem substantiellen Teil der Gutachten. Nur eine Minderheit erfüllt demnach die fachlich geforderten Qualitätsstandards. Für vier Amtsgerichte seien die Ergebnisse repräsentativ. Die Wissenschaftler gehen jedoch davon aus, dass aufgrund anderer älterer Studien es eher zu erwarten sei, dass auch bei den familienpsychologischen Gutachten an anderen Amtsgerichten ‚eine nicht akzeptable Zahl von Gutachten mit schwerwiegenden methodischen Mängeln vorhanden sein dürfte‘. Die Forscher halten die vorliegenden Ergebnisse für ‚alarmierend‘.

Ebenso muss beachtet werden, dass viele Sachverständige als Selbständige und damit unter dem ökonomischen Druck arbeiten, eine ausreichende Auftragslage zu erreichen. Dies könnte dazu führen, dass sich Sachverständige bei der Gutachtererstellung an den Erwartungen der Auftraggeber orientieren.

Auch im Saarland sind Gerichtsentscheidungen aufgrund fehlerhafter Sachverständigen-Gutachten getroffen worden, nicht nur in der familienrechtlichen Praxis. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD der 18. Legislaturperiode heißt es zudem: ‚Wir wollen außerdem die Neutralität gerichtlich beigezogener Sachverständiger gewährleisten und in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden die Qualität von Gutachten insbesondere im familiengerichtlichen Bereich verbessern‘.

Angesichts der Tatsache, dass oft Kinder involviert sind, über deren weiteres Leben gerichtliche Entscheidungen gefällt werden, an deren Zustandekommen derlei familienrechtspsychologische Gutachten im Regelfall einen maßgeblichen Anteil haben,
frage ich die Regierung des Saarlandes:“

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Anfrage stellt in den Mittelpunkt des Auskunftsinteresses die Qualität familienrechtspsychologischer Begutachtungen im Rahmen der gerichtlichen Praxis. In diesem Zusammenhang wird die Behauptung aufgestellt, im Saarland seien in der familienrechtlichen Praxis Gerichtsentscheidungen „aufgrund fehlerhafter Sachverständigen-gutachten“ getroffen worden.

Der Landesregierung erschließt sich nicht, auf welcher tragfähigen tatsächlichen Grundlage die Fragestellerin zu dieser Aussage gelangt ist.

Gibt es im Saarland repräsentative oder einzelne Studien, welche die Qualität von familienrechtspsychologischen Sachverständigen-Gutachten untersucht haben?

- a) Wenn Ja: Welche Studien und mit welchem Ergebnis?
- b) Wenn nein: Beabsichtigt die Landesregierung eine ähnliche Untersuchung künftig zu beauftragen oder zu unterstützen?

Zu Frage 1:

Nein. Entsprechende auf das Saarland bezogene Studien liegen nicht vor.

Studien, welche die Qualität familienrechtspsychologischer Sachverständigen-Gutachten untersuchen, würden bei Einbeziehung der saarländischen Gerichtspraxis seitens der saarländischen Justiz unterstützt werden.

Wie viele familienrechtspsychologische Sachverständigen-Gutachten wurden zwischen 2008 – 2013 im Saarland seitens der Gerichte beauftragt?
Was kostet ein Gutachten im Durchschnitt?

Zu Frage 2:

Die Zahl der in Auftrag gegebenen familienrechtspsychologischen Sachverständigen-Gutachten sowie die Kosten für ein Gutachten im Einzelfall werden statistisch nicht erfasst. Nach Schätzung der an den saarländischen Amtsgerichten und dem Saarländischen Oberlandesgericht mit Familiensachen befassten Richterinnen und Richter dürften pro Jahr 190 bis 200 familienrechtspsychologische Sachverständigen-Gutachten durch die Gerichte in Auftrag gegeben werden. Die Gutachtenkosten richten sich nach Umfang und Fragestellung und werden auf durchschnittlich ca. 4.000,-- Euro geschätzt.

Werden nach Kenntnis der Landesregierung eher lösungsorientierte oder eher statusorientierte Gutachten von den Gerichten beauftragt und warum?

Zu Frage 3:

Bezüglich der Frage, ob eher lösungsorientierte oder eher statusorientierte Gutachten von den Gerichten beauftragt werden, lässt sich keine einheitliche Praxis feststellen, zumal dies auch maßgeblich vom zu begutachtenden Einzelfall abhängt. Die Fragestellung an den Sachverständigen in Kindschaftssachen ist immer ausgerichtet am Kindeswohl. Sie wird seitens der Richterinnen und Richter in der Regel aber nicht nur statusorientiert formuliert, sondern lässt auch Raum für eine lösungsorientierte Begutachtung.

Nach welchen Kriterien werden familienrechtspsychologische Gutachter seitens der Gerichte ausgewählt und beauftragt? Gibt es vorgeschriebene Mindeststandards?

Zu Frage 4:

Gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards für die Auswahl familienrechtspsychologischer Gutachter existieren nicht (vgl. auch Antwort zu Frage 7). Die Sachverständigen werden nach ihrer fachlichen Qualifikation (Psychiater oder Psychologe), ihrer praktischen Erfahrung sowie der Art ihres beruflichen Tätigkeitfeldes ausgewählt. Innerhalb dieser Kriterien spielen auch die bisherigen Erfahrungen mit früheren Begutachtungen, die aktuelle Belastungssituation der Gutachter im Hinblick auf eine zeitnahe Begutachtung und die persönliche Einschätzung der Geeignetheit für den Einzelfall eine Rolle.

Die Landesregierung muss für überlange Gerichtsverfahren haften. Diese können durch unverhältnismäßig lange Begutachtungen verursacht werden. Welche Fristen werden Sachverständigen in Kindschaftssachen gemäß § 163 FamFG zur Erstellung von Gutachten im Saarland regelmäßig gesetzt? Hält die Landesregierung diese vor dem Hintergrund des Beschleunigungsgrundsatzes gemäß § 155 FamFG für angemessen?

Zu Frage 5:

In der Regel werden durch die saarländischen Richterinnen und Richter für Begutachtungen in Kindschaftssachen Fristen zwischen drei und vier Monaten gesetzt. In besonders eiligen Angelegenheiten werden auch kürzere Fristen gesetzt, in Fällen, in denen das Gericht davon ausgeht, dass der Sachverständige eine gewisse Entwicklung beobachten und für die Erstellung seines Gutachtens auswerten muss, kann auch eine längere Frist gesetzt werden.

Fristsetzung sowie Auswahl der Sachverständigen unterfallen der richterlichen Unabhängigkeit.

Wie werden Richterinnen und Richter im Saarland qualifiziert, mangelhafte psychologische Gutachten zu erkennen und fachlich angemessene Gutachten einzufordern?

Zu Frage 6:

In der saarländischen Justiz nehmen bereits Richterinnen und Richter auf Probe innerhalb ihres ersten Berufsjahres obligatorisch an mindestens einer mehrtägigen Fortbildung in Glaubhaftigkeitsanalyse und Vernehmungspsychologie teil. Dort wird ihnen die in der Aussage- und Vernehmungspsychologie jeweils vorherrschende Lehrmeinung zur methodisch zuverlässigsten Aussagebeurteilung und entsprechenden Begutachtung von Aussagepersonen vermittelt. In den seitens der Deutschen Richterakademie veranstalteten interdisziplinären Tagungen können diese Kenntnisse über die gesamte Berufszeit der Richterinnen und Richter hinweg vertieft und aufgefrischt werden. Der Umgang und die qualitative Bewertung von Gutachten stehen im Mittelpunkt einer Reihe dieser Fortbildungsveranstaltungen. So werden im laufenden Jahr 2014 allein durch die Deutsche Richterakademie Tagungen zur Psychologie der Aussagebeurteilung und zu Psychiatrie und Psychologie im Strafverfahren angeboten. Es werden spezielle Fortbildungen für Familienrichterinnen und Familienrichter angeboten, welche unter anderem in Fragen der Gutachterausswahl, der Qualitätsmerkmale und Fehlerquellen bei Begutachtungen, bezüglich der Befragung des oder der Sachverständigen in der mündlichen Verhandlung und bezüglich rechtlicher Anforderungen an Gutachten schulen.

Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um eine entsprechende Qualität und Mindeststandards von Gutachten – auch z. B. im Maßregelvollzug – sicherzustellen?

Zu Frage 7:

Die (Mindest-) Qualitätsstandards der in familienrechtlichen Streitigkeiten heranziehbaren Gutachterpersönlichkeiten oder der Gestaltung von Sachverständigengutachten sind bislang gesetzlich nicht allgemein und umfassend geregelt. Nur für ganz erhebliche Grundrechtseingriffe in die körperliche Unversehrtheit (z. B. Sterilisation, ärztliche Zwangsmaßnahmen) und in die persönliche Freiheit (Betreuung, Unterbringung) existieren nähere gesetzliche Regelungen zur erforderlichen Qualifikation der Gutachterpersonen sowie zur Methodik der Begutachtung, die sich indes auch nur marginal mit den methodischen Standards der Begutachtung befassen.

Die Einhaltung der gebotenen methodischen Standards soll nach der bisherigen Konzeption der Gerichtsverfahrensordnungen den aufgrund ihrer beruflichen Reputation zum/r Gutachter/in bestellten Fachleuten selbst überantwortet werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass methodische Fehler seitens der Richterinnen und Richter erkannt und eine Bestellung zum/r Gutachter/in nach einem solchen Fall nicht mehr erfolgen würde. Auf die Antwort zu Frage 6 wird Bezug genommen.

Dass auch die betroffenen Gutachterpersonen ihrer Verantwortung in aller Regel gerecht werden wollen, zeigen die dortigen Bemühungen um eine qualitative Selbstkontrolle: Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. hat die „Ethischen Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Psychologie e.V., zugleich Berufsordnung des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.“, herausgegeben. In deren Präambel finden sich grundlegende Anforderungen an die Persönlichkeit des/der Psychologen/in. Zudem sind gewisse sachliche Mindestanforderungen an Gutachten und Untersuchungsberichten vorgesehen.

Es erscheint nach alledem fraglich, ob es angesichts der guten Ausbildung der Richterinnen und Richter im interdisziplinären Dialog, der seitens der Gutachter selbstgesetzten hohen Standards an die Methodik ihrer Gutachten und des verstärkten Angebots einer strukturierten Weiterbildung zum zertifizierten Fachpsychologen für Rechtspsychologie einer weitergehenden staatlichen Regulierung zur Sicherung eines hohen Qualitätsstandards von Gutachtern und Gutachterinnen und Gutachten im familienrechtlichen Bereich überhaupt bedarf. Gesetzgeberische Bestrebungen bestehen insofern – soweit bekannt – derzeit weder auf Länder- noch auf Bundesebene. Gesetz wird bislang auf eine noch stärkere Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden. Wie genau ein rechtlich verbindliches und flächendeckendes Qualitätssicherungssystem der (familien-) rechtspsychologischen Sachverständigentätigkeit ausgestaltet sein könnte und sachgerechter Weise sein sollte, wird seitens der Saarländischen Landesregierung im Dialog mit den übrigen Bundesländern und dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz geprüft werden.

Soweit in der Fragestellung ausdrücklich der Maßregelvollzug angesprochen wird, ist Folgendes festzuhalten:

In § 8 Abs. 4 des Saarländischen Maßregelvollzugsgesetzes hat sich die Landesregierung verpflichtet, externe Gutachter für die Begutachtung von Patientinnen und Patienten im Maßregelvollzug zu benennen. In enger Abstimmung mit der Saarländischen Klinik für Forensische Psychiatrie, die die Aufgaben des Maßregelvollzugs im Saarland wahrnimmt, werden diese Gutachter von dem zuständigen Ministerium der Justiz benannt. Um den Qualitätsanforderungen gerecht zu werden, müssen die beauftragten Sachverständigen als Mindeststandards über folgende fachliche Voraussetzungen verfügen:

- a) Anerkennung zur Fachärztin/zum Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie
- b) Anerkennung der Schwerpunktbezeichnung „Forensische Psychiatrie“ durch die Ärztekammer des jeweiligen Bundeslandes
- c) Erteilung des Zertifikates „Forensische Psychiatrie“ durch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde.

Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung nach der Einführung eines Fachpsychologen für Rechtspsychologie?

Zu Frage 8:

Eine Weiterbildung und Zertifizierung in Rechtspsychologie bietet die Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen – gebildet vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. – und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie e.V. seit 1995 an.

Aus Sicht der Landesregierung wird diese Weiterbildung zum Fachpsychologen für Rechtspsychologie BDP/DGPs ausdrücklich begrüßt.